



© MARTIN HEINLEIN

Auf dem Augsburger Parteitag wurden die Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl gewählt. Platz 1: Martin Schirdewan (86,9%), Platz 2: Carola Rackete (77,8%), Platz 3: Özlem Alev Demirel-Böhlke (62,0%), Platz 4: Gerhard Trabert (96,8%) (v. l. n. r.). Auf Seite 6 lesen Sie mehr zum Parteitag.

Ich sag mal ...



© OLAF KROSTITZ

Der Aussage „Armut gefährdet Demokratie“ wird wohl kaum jemand widersprechen. Große Vermögens- und Einkommensunterschiede gefährden den gesellschaftlichen Frieden. Etwas eigenwillig wirkt sie als Schluss im „Verteilungsbericht 2023“ der Hans-Böckler-Stiftung. Die Studie ergab „eine deutliche Korrelation zwischen Einkommenshöhe und geringem Vertrauen in [...] demokratische Institutionen“. Nun ist der Bundestag, zu dem die Menschen befragt wurden, eine schätzenswerte demokratische Institution. Aber ist das Misstrauen Armer ihm gegenüber nicht deshalb groß, weil seine Entscheidungen der letzten Jahrzehnte die Armen ärmer und die Reichen reicher gemacht haben? Wie kann man Vertrauen von Armen erwarten, wenn sie Krise auf Krise erleben, aus denen die Reichsten als Gewinner hervorgehen, ohne dass unsere wichtigste demokratische Einrichtung das verhindert? Auf den Bundestag hin befragt, sind die Menschen zunächst misstrauisch gegenüber der Arbeit eines frei gewählten Parlaments – nicht gegenüber der Demokratie selbst. Aber selbst wenn: Eine Demokratie, die das Gut der Gleichheit wieder so hoch schätzt wie das der Freiheit, tut Not.

TINKO HEMPEL

CAMILLA SCHULER
ANTONIO LEONHARDT

Zuversicht in schweren Zeiten

Wenige Tage nach dem Parteiaustritt von Sahra Wagenknecht und ihrer Unterstützer trafen sich spontan über 60 Lichtenberger Genoss:innen in der Werkküche im Fennpfuhl. Gemeinsam diskutierten wir über die Ereignisse der letzten Wochen und die Lage der Partei. Mit dabei war natürlich auch unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Lötzsch. In einer offenen Debatte meldeten sich insbesondere viele Genoss:innen zu Wort, die sonst auf Hauptversammlungen wenig reden. Sie alle hatten Gesprächsbedarf und analysierten unterschiedliche Probleme der Partei in Vergangenheit und Gegenwart, wobei

keiner der Anwesenden ankündigte, die Partei zu verlassen. Trotz großer Betroffenheit und vieler nachdenklicher Stimmen gingen wir am Ende geeint und mit neuer Motivation auseinander.

Die Mitglieder der LINKE Lichtenberg wollen weiter innerhalb der LINKEN für eine soziale und friedliche Gesellschaft kämpfen. Gemeinsam werden wir daran arbeiten, das Profil unserer Partei wieder zu schärfen und dafür intensiv in den nächsten Wochen mit unseren Mitgliedern diskutieren. Der Konflikt um Sahra Wagenknecht und ihre Unterstützer hat in den letzten Jahren vielfach gelähmt,

Diskussionen bestimmt und wichtige inhaltliche Klärungsprozesse in der Partei hinausgeschoben. Diesen Fragen müssen wir uns nun widmen: Wie kann DIE LINKE wieder stärkeren Zuspruch unter Arbeiter:innen und Menschen mit geringem Einkommen finden? Wie stärken wir unsere Wurzeln als Ost-Partei?

Jetzt ist daher ein guter Zeitpunkt, um bei uns mitzumachen und sich einzumischen. Das haben bereits viele Menschen in Berlin erkannt. Allein im letzten Monat sind 700 Menschen neu in die Berliner LINKE eingetreten.

CAMILLA SCHULER
ANTONIO LEONHARDT

Schicksalswahl

Gesine Lötzsch über die Wiederholung der Bundestagswahl



Haushaltskrise

Regierung wird zum Treiber der Wirtschaftskrise



Europawahlprogramm

Zeit für Gerechtigkeit – Zeit für Haltung



Neujahrswünsche

Frieden



KURZ GEMELDET

BILDUNG ALS GESCHENK

Die Volkshochschule „Margarete Steffin“ ist dank eines neuen Unterrichtsraums seit diesem Semester größte Anbieterin von Sprach-Integrationskursen in Lichtenberg. Auch im Bereich der Deutschkurse für Geflüchtete bietet sie überdurchschnittlich viele Kurse an. Für das Frühjahrsemester 2024 wird die Volkshochschule verstärkt um Menschen werben, für die wegen der enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten Weiterbildungsangebote kaum mehr leistbar sind. Dafür gibt es unter anderem die neuen Wertgutscheine für Bildungsangebote der Volkshochschule Lichtenberg, die auch ein schönes Weihnachtsgeschenk sein können.

GROSSES KINO FÜRS
EHRENAMT

Im vergangenen Monat wurde die Initiative „Kino für Karlshorst“ mit dem Lichtenberger Bezirkstaler ausgezeichnet. Bis zum April 1990 gab es in Karlshorst unmittelbar neben dem S-Bahnhof das Kino „Vorwärts“. Danach war der Ortsteil ohne Lichtspieltheater. Die Initiative „Kino für Karlshorst“ hat Eigeninitiative ergriffen und in Kooperation mit dem Kulturhaus und dem Museum Karlshorst, die Räumlichkeiten und Technik zur Verfügung stellen, eine Reihe mit internationalen Filmen aufgelegt. Das Projekt findet sehr viel Zuspruch. Der Lichtenberger Bezirkstaler würdigt Ehrenamt, das oft in aller Stille arbeitet. Vorschläge für die Ehrung können von Einzelpersonen, Initiativen, Vereinen und Unternehmen per E-Mail an das Bezirksamt gesandt werden: engagement@lichtenberg.berlin.de.

BEWERBUNGEN SEHR
WILLKOMMEN

Das Bezirksamt Lichtenberg ruft engagierte Menschen mit Behinderungen sowie Träger und Vereine der Inklusionshilfe dazu auf, sich bis zum 29.12.2023 um eine ehrenamtliche Mitgliedschaft im Lichtenberger Beirat von und für Menschen mit Behinderungen zu bewerben. Die Sitzungen finden für eine Aufwandsentschädigung von jeweils 20 € an jedem dritten Dienstag im Monat statt.

■ Weitere Informationen gibt es über die Pressestelle des Bezirksamtes, Telefon: 902 963 307 oder pressestelle@lichtenberg.berlin.de
TATJANA BEHREND

Grünfläche im Fokus

In den letzten Wochen bekam eine kleine Grünfläche an der Massower Straße ziemlich große Aufmerksamkeit. Ausgelöst wurde das Interesse durch meine Anfrage an den Berliner Senat, welche Zukunftspläne denn die landeseigene Berliner Immobiliengesellschaft GmbH, BIM, für das Areal hat.

Die Antwort war schnörkellos – sie soll bebaut werden, ein Vergabeverfahren werde auf den Weg gebracht. Eingepfercht zwischen dem dick betonierte Parkplatz eines Supermarktes und einem Hochhaus mag das zwar kein besonders attraktives Bauland sein, aber sei es drum.

Die Devise lautet offenbar: Hauptsache weg mit dieser „Altlast“. Denn auf der Fläche steht seit 1987 die Plastik Mutter mit Kind des Bildhauers Manfred Strehlau, wobei bereits kurz nach der Wende dem Kind der Kopf abgeschlagen worden war. Was aus dem steinernen Kunstwerk werden soll, weiß auch die BIM nicht.

Fest steht, die 14 Ahornbäume würden nicht bleiben. Ein Anwohner berichtete, wie er eigenhändig mit Nachbarn diese Bäume unter Anlei-



Reger Andrang beim Infostand an der Massower Straße in Friedrichsfelde.

tung des Grünflächenamts Ende der 80er Jahre gepflanzt hatte. Sie sind also um die 40 Jahre alt. Eigentlich kein Alter, wo man heutzutage Bäume in Wohngebieten einfach fällen sollte.

Dicht umlagert war darum Ende Oktober mein Infostand vor Ort, denn die Baupläne erregen die Gemüter der Nachbarschaft. Nahezu unisono wurde eine Pflege der Fläche gefordert

und nicht selten der Verdacht geäußert, dass die aktuelle Verwahrlosung Teil einer Strategie sei, um so die Akzeptanz einer Bebauung zu befördern. Gern würde man sich für eine attraktive Gestaltung mit Bänken und kleinen Pflanzinseln stark machen.

HENDRIKJE KLEIN

30 Jahre Sozialwerk – ein Grund zum Feiern!

1993 gründeten 24 mutige Frauen in Berlin das SOZIALWERK des dfb (Dachverband) e. V. – Auszüge aus der Festrede von Dr. Gesine Löttsch, MdB.

„Ich denke gern an die schönen Feste zu den jeweiligen Jubiläen. Ich denke an Dagmar Frederic und an Christina Emmrich, die ich immer wieder zu feierlichen Anlässen hier getroffen habe. Ich denke an die vielen Benefizkonzerte. Das waren schöne Erlebnisse ...

Doch ich will Ihnen und Euch heute nicht erzählen, was Sie alles geleistet haben. Das wissen Sie sowieso besser als ich. Mir geht es heute um die Würdigung Ihrer Arbeit, aber auch um die Einordnung in unsere heutige Zeit.

Wir leben heute in dramatischen Zeiten. Wir lebten aber auch vor 30 Jahren in dramatischen Zeiten. Das dürfen wir nicht vergessen ...

Ihr Verein zeigt seit 30 Jahren, was praktische Solidarität bedeutet. Sie haben ukrainischen Flüchtlingen geholfen. Sie helfen benachteiligten Frauen, Kindern, Senioren und Mi-

granten. Sie holen Menschen aus der Obdachlosigkeit. Sie haben in den 30 Jahren über 2.500 Menschen eine Ar-



Gesine überreicht Brigitte Triems (l.) und Annegret Gabelin (r.) einen Scheck des Vereins der Linksfraktion im Bundestag für das Sozialwerk des DFB.

beit vermittelt. Das ist eine großartige Leistung! Herzlichen Dank dafür!

Wir sehen aber, dass die Zahl der Obdachlosen weiter steigt und dass bezahlbare Wohnungen fehlen. Wir brauchen noch viel mehr Geld im Kampf gegen die Armut in unserem reichen Land ...

Ich bin wirklich entsetzt, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, den Kampf gegen die Kinderarmut zu organisieren. 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr wurde in weniger als 100 Tagen beschlossen. Es geht also, wenn man den Willen hat ...

In Anbetracht der politischen Rahmenbedingungen kann ich die Arbeit des Vereins gar nicht hoch genug einschätzen. Wir brauchen noch viel mehr Menschen, die sich für die Gesellschaft engagieren und sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen. Ich möchte noch einmal allen Vereinsmitgliedern und dem Vorstand danken für ihre aufopferungsvolle Arbeit.“

Wahlwiederholung, Neuwahlen – alles ist möglich

Gesine Löttsch hat sechs Mal das Direktmandat in Lichtenberg gewonnen. Die Wahlwiederholung wird zur Schicksalswahl für DIE LINKE | Von Klaus Singer



Gesine Löttsch informierte in einem Gespräch den Bundesstützpunktleiter der Leichtathleten André Niklaus, den Bundesstützpunkttrainer Torsten Lönfors, die Trainer Thomas Brack und Ron Hütcher, den Olympiasieger Christoph Harting und die Sportlerin Julia Harting über den aktuellen Stand der Haushaltsverhandlungen.

■ Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wird am 19. Dezember entscheiden, wie die Bundestagswahl in Berlin wiederholt werden muss. Was bedeutet das für dich und deine Partei?

Es kann zu einer Schicksalswahl werden. Wenn das Gericht entscheidet, in Berlin die Bundestagswahl von 2021 komplett zu wiederholen, dann geht es um das Überleben unserer Partei. Sollte entweder Gregor oder ich nicht die Direktmandate gewinnen, dann werden alle Linken im Bundestag ihr Mandat verlieren. Unsere Bundestagsfraktion ist ja nur durch die drei Direktmandate wieder in den Bundestag gekommen.

■ Warum muss die Bundestagswahl überhaupt wiederholt werden?

Es war ein einmaliger Vorgang! Der Berliner Innensenator Geisel (SPD) war mit der Wahlvorbereitung komplett überfordert. Es ging so ziemlich alles schief, was schiefgehen konnte. Das war für Berlin und für unsere Partei ein Desaster. Die Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus und zu den BVV

haben zu unserem Rauswurf aus dem Senat geführt. Wir haben unsere Bürgermeister in Lichtenberg und Pankow verloren. Das ist schon sehr bitter.

■ Gibt es eine Alternative zur kompletten Wahlwiederholung der Bundestagswahl in Berlin?

Ja, das BVerfG kann auch entscheiden, dass die Wahl nur in den Stimmlokalen wiederholt wird, in denen es Unregelmäßigkeiten gab. Das wäre für uns die bessere Entscheidung.

■ Die Bundestagswahl war vor zwei Jahren, kann man dann eigentlich noch von einer Wiederholungswahl sprechen?

Eigentlich nicht. In den zwei Jahren hat sich so viel verändert. Die Menschen würden natürlich neu über die Politik der Parteien entscheiden. Eigentlich wäre das eine Neuwahl.

■ Neuwahlen ist ein gutes Stichwort. Was passiert, wenn die Ampel-Koalition platzt?

Die Haushaltskrise hat sich jetzt zu einer Regierungskrise ausgeweitet. Neuwahlen sind nicht ausgeschlossen. Es wäre völlig absurd, wenn in Berlin die Wahl wiederholt werden

und danach eine Neuwahl stattfinden würde.

■ Im Mittelpunkt der Krise steht der Umgang mit der Schuldenbremse. Nach einer Umfrage wollen zwei Drittel der Befragten an der Schuldenbremse festhalten. Du willst die Schuldenbremse abschaffen. Vertrittst du da eine Minderheitenposition?

Wenn wir die Menschen fragen würden, ob sie dafür sind, dass wir das Bürgergeld, die Renten und die Löhne kürzen und die Deutsche Bahn verfallen lassen sollen, dann würden sich mindestens zwei Drittel dagegen aussprechen. Die Beibehaltung der Schuldenbremse verbaut uns die Zukunft und bedeutet Sozialabbau. Das muss man wissen.

■ Unsere Bundestagsfraktion wird sich am 6. Dezember selbst auflösen. Was bedeutet das für die Wiederholungswahl?

Die Auflösung unserer Fraktion ist ein schwerer Verlust für unsere Partei. Über 100 Menschen werden ihre Arbeit verlieren. Die Möglichkeiten einer Gruppe im Bundestag sind viel ge-

ringer als einer Fraktion. Es wird noch schwieriger, mit aktuellen Themen in der Öffentlichkeit durchzudringen.

■ Dafür herrscht jetzt Klarheit in der Partei über den zukünftigen Kurs, oder?

Nach dem Augsburger Parteitag macht unsere Partei einen geschlossenen Eindruck. Allerdings weiß keiner, welche Auswirkung die Gründung des BSW für uns haben wird. Mich sprechen viele Menschen an, die uns gerade wegen Sahra Wagenknecht gewählt haben. Sie sind von der Spaltung unserer Partei enttäuscht.

■ Wie erklärst du deinen Wählerinnen und Wählern diese prekäre Situation?

Als ich mit Petra Pau 2002 allein im Bundestag für die PDS saß, wurde von SPD und Grünen Hartz IV beschlossen. Hinzu kam die Gesundheitsreform mit den vielen Zuzahlungen. Das war nur möglich, weil unsere Partei damals so schwach war. Jetzt erleben wir einen dramatischen Rechtsruck und eine zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Da muss es ein linkes Korrektiv geben.

Kosten für externe Berater

Der Bundesrechnungshof hat die Bundesregierung für den Umgang mit den Informationen über ihre externen Berater stark kritisiert. So werde das Parlament nicht ausreichend über die Zahlungen für externe Beratungsleistungen informiert. Die Regierung legte in ihrem Bericht nicht dar, wofür im einzelnen die Beratungen in Anspruch genommen wurden. Dr. Gesine Löttsch erklärt dazu: „Der Einfluss externer Berater auf die Bundesregierung ist besorgniserregend groß. Trotzdem wird das Parlament völlig unzureichend über die externen Berater informiert. Die Geheimnistuerei der Bundesregierung verstärkt den Verdacht, dass die Ampel Vetternwirtschaft begünstigt und Interessenskonflikte vertuschen will.“

Lindner will sich aus Modernisierung der Steuerverwaltung zurückziehen

Die Idee klingt zunächst recht simpel: einheitliche und moderne Software für Bund und Länder zur Erhebung und Verwaltung der Steuereinnahmen. Bund und Länder sind seit mittlerweile 16 Jahren damit beschäftigt. Zwei Mrd. Euro sind bereits in das Projekt geflossen. Nachdem das Projekt ins Stocken geraten ist, möchte Finanzminister Lindner nun die Verantwortung dafür abgeben. Der Bundesrechnungshof weist auf die überragende Bedeutung einer einheitlichen IT-Infrastruktur hin. Dr. Gesine Löttsch wirft dem Minister Arbeitsverweigerung vor: „Lindner hat offensichtlich kein Interesse daran, dass der Staat erfährt, wer Steuern hinterzieht.“

Rheinmetall erneut mit Rekordgewinn

Der Rüstungskonzern Rheinmetall und dessen Aktionäre profitieren weiter von den Kriegen und Krisen auf dieser Welt. Für das 3. Quartal 2023 vermeldet Rheinmetall eine Steigerung des operativen Gewinns um 60% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dazu trugen auch der Zukauf des Munitionsherstellers Expal sowie die stetigen Beschaffungsvorhaben der Bundesregierung bei. Die operative Marge stieg von 2,3% auf 10,8%. Dieser Anstieg kann unter anderem durch eben jene Beschaffungen der deutschen Bundesregierung erklärt werden. Dr. Gesine Löttsch kommentiert: „Immer wieder stellen wir fest, dass die Bundesregierung bereit ist, jeden Preis zu zahlen, wenn es um die Beschaffung von Munition und Waffen geht.“ MAX GALLE

Die Haushaltskrise wird zur Regierungskrise

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Sondervermögen herrscht Chaos bei den Ampel-Parteien, aber auch bei der CDU/CSU. Keine Partei hat einen Plan B. 60 Mrd. Euro können nicht von heute auf morgen mobilisiert werden. Damit hängen wichtige Projekte in der Luft. Um das Chaos noch zu steigern, hat Bundesfinanzminister Lindner eine Haushaltssperre verhängt. Damit löst er kein Problem, schafft aber neue. Neue Projekte können nicht begonnen werden. Laufende Projekte werden aber weiter finanziert. Was als entschlossenes Handeln gesehen werden soll, ist eher als kopflos zu bewerten. Herr Lindner ist mit seinem Latein am Ende. Er möchte, dass der Staat wie ein Wirtschaftsunternehmen funktioniert und die Menschen mehr Verantwortung übernehmen sollen. Ich stelle mir vor, Herr Lindner wäre Finanzvorstand eines DAX-Unternehmens und hätte leichtfertig eine große Finanzlücke in sein Budget gerissen. Was würde passieren? Man würde ihn noch am gleichen Tag vor die Tür setzen. Wenn der Marktwirtschaftler Lindner seine eigene Ideologie ernst nehmen würde, dann müsste er sofort von seinem Amt zurücktreten.

Es gibt mehrere sinnvolle Lösungsansätze: Aussetzung der Schuldenbremse, höhere Besteuerung von Vermögen, Abbau von umweltschädlichen Subventionen. Ich halte alle drei Optionen für sinnvoll. Allerdings glaube ich nicht, dass sich die Ampel-Parteien auf eine der Optionen einigen können.

SPD, Grüne und FDP nutzen den Haushalt, um sich parteipolitisch Vorteile zu verschaffen. Das macht eine Lösung fast unmöglich. Damit wird die Regierung zum Treiber der Wirtschaftskrise. Herr Merz versucht das Chaos zu vergrößern. Ihm geht es nicht um eine solide Haushaltsführung. Er will Kanzler werden, bevor andere Kandidaten ihre Ansprüche hartnäckiger anmelden. Er will den Haushalt durch Kürzungen beim Bürgergeld sanieren. Auch hat er kein Interesse an der Einführung der Kindergrundsicherung. Auf diesen Kurs könnten sich CDU/CSU, FDP und AfD bei möglichen Neuwahlen einigen.

Sachverständige wurden gestern über Auswege aus der Krise im Bundestag angehört. Prof. Hüther, Institut der Deutschen Wirtschaft, spricht in seiner Stellungnahme von einer Investitionskrise in unserem Land. Teile der Wirtschaft sind offensichtlich besorgt, dass die Finanzen der Bundesregierung völlig aus dem Ruder laufen könnten.

Lindners Haushaltsentwurf hatte schon eine soziale Schiefelage. In allen Bereichen sollte gekürzt werden, außer bei der Aufrüstung. Nach NATO-Kriterien sollen rund 90 Mrd. Euro im nächsten Jahr für die Bundeswehr ausgegeben werden. Wir brauchen jetzt ein 100 Mrd. Euro Sondervermögen für „Bildung und Klima“. Eine Vermögensabgabe ist ein weiterer notwendiger Schritt. Es darf nicht länger zugelassen werden, dass Krisengewinne in die Taschen von Milliardären fließen. GESINE LÖTZSCH

507

ZAHL DES MONATS

Ob launische Diva oder launische Natur – die „Laune“ muss in der deutschen Sprache immer dann erhalten, wenn Beliebigkeit und Unberechenbarkeit wirksam zu werden scheinen. Wenn Verhalten nicht auf Gründen und Naturregungen nicht auf (Regel-)Mäßigkeit beruhen wollen, kommt diese Triebfeder der Willkür zur Geltung.

Nach Ansicht der vorherrschenden Ökonomie ist auch das Verhalten der Menschen als Käufer, also als Konsumenten, eher auf „Kauflaune“ zurückzuführen als auf ihre finanziellen Möglichkeiten, also objektive Gründe. Und so heißt es in der Presse konsequent: „Inflation, Kriege und die Wirtschaftskrise drücken die Kauflaune der Deutschen. Sie wollen in diesem Jahr an den Weihnachtsgeschenken sparen – zu diesem für die Einzelhändler erschreckenden Ergebnis kommen verschiedene Umfragen.“ Eine dieser Umfragen der FOM Hochschule für Ökonomie und Management zieht den Schluss: Die Menschen wollen im Durchschnitt 15 Euro weniger als im letzten Jahr, also „nur noch“ 507 Euro, für ihre Lieben zum Weihnachtsfest ausgeben.

Wie zynisch müssen solche Worte auf die alleinerziehende Mutter oder den Rentner mit Grundsicherung wirken, die zum Leben jeden Cent umdrehen müssen? Es ist gewiss nicht ihre Laune, die sie davon abhält, solche Unsummen für ihre Kinder und Enkel zum Fest auszugeben – so gern sie es wollten. Es sind schlicht materielle Gründe, die ihnen diese Entscheidung abnehmen und gewiss kein „Knausern [...] an den Geschenken“, wie die Westdeutsche Allgemeine Zeitung titelte.

TINKO HEMPEL



Gesine Löttsch sammelte bei ihrer letzten politischen Tagesfahrt im Oktober Spenden für den TagesTreff. Die neue Einrichtungsleitung Jennifer Bollig und der Koordinator der Ehrenamtlichen Kevin-Mike Orth freuten sich sehr über diese Spende.

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: **Dienstag, 23.1.24, 17 bis 19 Uhr**
Anmeldung unter: Telefon 99 27 07 25 oder gesine.loetzsch@bundestag.de



Anas Modamani – er wurde in Lichtenberg erfolgreich eingebürgert.

Das lange Warten auf die Einbürgerung

Mitte dieses Jahres erhielt unsere Fraktion eine E-Mail von einem Lichtenberger Bürger. Er schilderte uns die Erfahrungen seiner Frau, die sich in Lichtenberg seit zweieinhalb Jahren im Einbürgerungsverfahren befand und keinen Schritt vorankam. Rechtlich war alles geklärt, was fehlte, war der Bescheid. Dieser aber war notwendig, um der Frau, die mit zwei abgeschlossenen Studiengängen hoch qualifiziert ist, die Verbeamtung zu ermöglichen.

Die Kommunalpolitik hat sich gekümmert und erreicht, dass die Frau jetzt endlich ihre Einbürgerungszusicherung erhielt.

Ihr Mann hat sich bei uns bedankt, aber auch einen Appell an uns gerichtet: „Ich appelliere daran, dass Sie das Thema der Personalgewinnung im öffentlichen Dienst für diesen Bereich vorantreiben und weitere Gelder bereitstellen. Ich appelliere daran, dass kurzfristig massive Vereinfachungen in der Antragstellung und im Digitalisierungsprozess vorgenommen werden, um die Bearbeitungsdauer pro Antrag zu reduzieren.“

Ab dem 1. Januar 2024 geht die Zuständigkeit für Einbürgerungen von den Bezirken an eine zentrale Einbürgerungsstelle beim Berliner Landesamt für Einwanderung (LEA) über. Die Behörde startet aber schon mit etwa 40 000 Alt-Anträgen, die sich in den Bezirken angestaut

haben. Bis zum 31. Dezember 2023 sollen zunächst alle Anträge, die nicht mehr bearbeitet werden können, in die zentrale Einbürgerungsstelle gebracht und dort digitalisiert, bearbeitet und abgeschlossen werden. Seit Monaten beschränkt sich die Antragsbearbeitung in den Bezirken daher auf das Kistenpacken. Mit der zentralen Einbürgerungsstelle wandert auch Personal aus den Bezirken ab, und noch längst nicht alle Stellen sind besetzt. Zusätzlich wird das neue Staatsangehörigkeitsgesetz für einen nochmals erweiterten Kreis von Antragsstellern sorgen. Was Zentralisierung und Digitalisierung an Wartezeit verkürzen, dürfte also kurz- und mittelfristig durch eine Vielzahl neuer Anträge drangehängt werden. Für zahlreiche Antragsteller, die nach vielen Jahren der Integration endlich vollständig in ihrer neuen Heimat ankommen wollen, ein unhaltbarer Zustand. Früher oder später landet eine Vielzahl der Verfahren dann beim Verwaltungsgericht. Doch wenn sich Untätigkeitsklagen in den Richterzimmern türmen, verlagert sich der Einbürgerungsstau von den Behörden nur in die Gerichte. Langfristig wird daher nur eine bessere Finanzierung und Personalausstattung zu spürbaren Entlastungen führen.

TATJANA BEHREND
ANTONIO LEONHARDT

KOMMENTAR



Milliarden für die Rüstung und Peanuts für die Armen

Das Jahr 2023 neigt sich dem Ende zu. Mit dem Ende des alten Jahres ist bei vielen auch die Hoffnung verbunden, dass im neuen Jahr alles besser wird. Das gilt aber längst nicht nur für die ganz persönlichen Angelegenheiten wie Beruf, Familie, Freunde. Die internationalen Konflikte nehmen immer mehr Raum im Alltag der Menschen ein. Im März dieses Jahres erschien eine Studie, nach der immer mehr Menschen Angst vor einem Krieg haben. Mehr als jeder zweite Befragte (55 Prozent) fürchtet, dass Deutschland in einen Krieg verwickelt wird. Das ist ein Anstieg von 13 Prozentpunkten gegenüber 2022. Mehr als 10 000 Menschen verliehen ihrer Sorge Ausdruck mit der Teilnahme an der großen Friedensdemo Ende November am Brandenburger Tor. Sie wandten sich damit auch gegen die Ausgabenpolitik der Bundesregierung. Milliarden für die Rüstung und Peanuts für die Armen, so könnte man die Ampel-Politik zusammenfassen. Die Inflation tut ihr übriges und bringt viele Menschen an die Grenzen ihrer Existenz. Aber nicht alle. Wahrscheinlich gehören Sie nicht zu den Menschen, die eine Inflationsprämie erhalten. Bundesminister und Beamte des Bundes dürfen sich über 3 000 Euro freuen. Ein nettes Geschenk zu Weihnachten, während die Kindergrundsicherung ihren Namen nicht verdient und beim Rüstungskonzern Rheinmetall dank der üppigen Bestellungen die Sektorkorken schon vor dem Jahreswechsel knallen.

Ich finde, das ist Grund genug, mit dem Jahreswechsel auch einen Politikwechsel einzuleiten.

DIE LINKE in der BVV wünscht Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein friedlicheres Jahr 2024. Bleiben Sie gesund und verfolgen Sie unsere Arbeit auch weiterhin interessiert!

NORMAN WOLF

Spreeküste nachhaltig planen

Als „Spreeküste“ wird ein Gebiet in Rummelsburg bezeichnet, das vom Zementwerk bis zum ehemaligen Funkhaus in der Nalepastraße (Trep-tow-Köpenick) reicht. Bisher ist die Fläche kaum genutzt und bietet nur einigen wenigen Gewerbebetrieben Platz. Dies soll sich in Zukunft ändern und ein großer Standort für Gewerbe- und Büroflächen mit ungefähr 4 000 Arbeitsplätzen entstehen. Vision der Entwickler ist es dabei, das Spreeufer von der Innenstadt in die Außenbezirke hinein zu urbanisieren.

DIE LINKE steht diesem Projekt in seiner bisherigen Form kritisch gegenüber. Ein einheitliches Gewerbegebiet wäre außerhalb der üblichen Geschäftszeiten nahezu ausgestorben. Unwirtliche Bürowüsten wie am Potsdamer Platz entstünden, und einen Mehrwert für die Rummelsburger und Karlshorster gäbe es nicht.



Das ehemalige Funkhaus in der Nalepastraße ist Teil der „Spreeküste“.

Weiterhin würde die hohe Anzahl an pendelnden Mitarbeitenden zu den üblichen Bürostoßzeiten einen Verkehrsinfarkt provozieren.

Gemeinsam mit SPD und Grünen haben wir daher einen Antrag eingebracht, der die Zielsetzung des Bebauungsplanverfahrens in Richtung Mischgebiet oder urbanes Gebiet ändern soll. Aufgrund der verstreuten Eigentümerstrukturen soll zudem die Festsetzung eines Entwicklungsgebiets geprüft werden.

Damit wollen wir die Voraussetzungen schaffen, um auch Wohnnutzung und kleinteiliges Gewerbe zu ermöglichen. Wir wünschen uns an der Spreeküste ein lebendiges Stadtquartier mit einem modernen Nutzungsmix, welches die denkmalgeschützte Bebauung der Gaswerksiedlung aufgreift und durch Beteiligung städtischer Wohnungsbaugesellschaften eine soziale Durchmischung ermöglicht. ANTONIO LEONHARDT

Drama im Rathaus



Im Lichtenberger Rathaus wurde SPD-Bezirksstadtrat Kevin Hönicke vom Dienst freigestellt.

Ganz Lichtenberg ist derzeit Zeuge eines bezirklichen Dramas. CDU-Bezirksbürgermeister Schaefer hat den SPD-Bezirksstadtrat Kevin Hönicke vom Dienst freigestellt. Begründet wird dies mit einer gravierenden Verletzung der dienstlichen Pflichten durch Hönicke. Die Freistellung eines Stadtrates mit dem Verbot, die jahrelang genutzten Diensträume zu betreten, ist eine Entscheidung, die berlinweit ihresgleichen sucht.

Wer eine Antwort auf das Warum sucht, wird auch mit diesen Zeilen enttäuscht. Offiziell wurde die Entscheidung mit dem Verrat von Dienstgeheimnissen begründet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt - ein Anfangsverdacht besteht offenbar. Der weitere Hintergrund ist unbekannt.

Das ist auch richtig so, denn hier geht es nicht um Politik. Hier

geht es um die Person Kevin Hönicke, die erhebliche Konsequenzen zu befürchten hat. Freilich gilt auch hier die Unschuldsvermutung, solange das Gegenteil nicht bewiesen ist. Spekulationen darüber, was der Grund der Freistellung gewesen sein könnte, verbieten sich. Genauso verbietet sich die Forderung Hönickes an Schaefer, die Freistellung zurückzunehmen und die Rechtsgrundlage anzuzweifeln.

Die Linksfraktion beteiligt sich nicht an Spekulationen zu Hönicke. Wir haben in der Vergangenheit seine Bulldozer-Politik, seine Untätigkeit im Amt, die persönliche Schärfe in der Auseinandersetzung kritisiert. Jetzt fordern wir Schaefer auf, die fehlende Stimme im Bezirksamt nicht auszunutzen, um CDU-Positionen durchzudrücken. Das Wählervotum darf nicht ignoriert werden. Darüber hinaus bleibt zu hoffen, dass das Bezirksamt wieder in das konstruktive Fahrwasser der letzten Jahre kommt, als der Bezirksbürgermeister noch Gunst hieß und von der LINKEN gestellt wurde.

CHRISTIAN PETERMANN

Bezirksstadträtin zu zögerlich – kein Besucherzentrum für das Mies van der Rohe Haus

Als Linksfraktion sind wir tief enttäuscht über die verpasste Chance zur Erweiterung des Mies van der Rohe Hauses in Berlin-Hohenschönhausen. Trotz intensiver Bemühungen durch den Förderverein und die Museumsleitung, ein angrenzendes Gebäude – den „Kubus“ – zu erwerben, fehlte es am entscheidenden politischen Willen, insbesondere seitens der CDU-Kulturstadträtin Catrin Gocksch.

Das von Ludwig Mies van der Rohe entworfene Haus zieht jährlich 25 000 internationale Besucher:innen an und ist ein bedeutender kommunaler Kulturstandort im Bezirk. Durch die hohe Nachfrage gibt es seit Jahren den Bedarf eines Erweiterungsbaus, dessen Realisierung sich unter anderem aufgrund des Denkmalschutzes als schwierig gestaltet. Durch den in Aussicht gestellten Erwerb des vom Architektenbüro Barkow Leibinger geschaffenen „Kubus“ in unmittelbarer Nähe war eine Lösung zum Greifen nahe.

Die benötigten knapp vier Millio-



Das Mies van der Rohe Haus ist ein kulturelles Kleinod in Hohenschönhausen.

nen Euro zum Kauf des Objektes wurden kurzfristig als nicht abgerufene zur Verfügung stehende Sondermittel vom Land in Aussicht gestellt. Doch die Stadträtin ließ die zugegebenermaßen kurze Antragsfrist verstreichen, weil sie befürchtete, das Objekt sei nicht geeignet. Dadurch verpasst der Bezirk die Chance, die Attrakti-

vität des Hauses weiter zu steigern und wird der Bedeutung des Mies van der Rohe Hauses nicht gerecht. Mit einem Antrag in der BVV setzen wir uns weiterhin für die Realisierung eines Besucherzentrums ein und fordern eine Aufklärung des zögerlichen Vorgehens. SAMANTHA KLUG

TONI KRAUS

Im Gespräch bleiben



Gastgeber für das Kiezgespräch war „BENN“ Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften Hohenschönhausen.

Kiezgespräche – das ist ein Integrationsprojekt der Deutsche Gesellschaft e. V., die sich für ein solidarisches Zusammenleben und den Abbau von Vorurteilen einsetzt. Gefördert wird das Projekt durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (Bundesprogramm „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“) und die Stiftung Berliner Sparkasse.

Zweimal durfte ich bereits an einem solchen Gespräch teilnehmen,

als Vorsitzende des Ausschusses Partizipation und Integration eingeladen von Dr. Büşra Çakıl, Referentin des Vereins. Meine Gesprächspartner:innen waren Zugewanderte und Geflüchtete aus Afghanistan, Aserbaidschan, Moldawien, Ghana und der Ukraine. Sie und viele andere Teilnehmer:innen von Integrationskursen erhalten mit diesem kostenlosen Bildungsangebot unter anderem Gelegenheit, sich über Möglichkeiten

der politischen Teilhabe und Mitgestaltung in ihrem Kiez zu informieren. Ausdrücklich aber soll es in den Gesprächen auch um ihre ganz eigenen Probleme, Bedürfnisse und Wünsche gehen.

Bei meinem zweiten Treffen am 30. Oktober war das Interesse der Gruppe an Beteiligungsmöglichkeiten im Bezirk wieder sehr groß. Ich erzählte über die Arbeit von Ausschüssen, über Mitwirkungsmöglichkeiten als Bürgerdeputierter, über den Lichtenberger Bürgerhaushalt, über Einwohnerfragestunden in der BVV und über vieles andere mehr. Aber meine Gesprächspartner:innen berichteten auch, was sie bedrückt. Warum gibt es im Interesse kleiner Kinder an öffentlichen Haltestellen kein Rauchverbot? Wo erhalte ich für meine vierjährige Tochter Informationen über Kitas und Schulen im Bezirk? Wie finde ich einen Familienarzt in Wohnortnähe? Fragen, die mir nicht neu sind, die ich aber auch im Interesse dieser beeindruckenden Menschen immer wieder in meinem politischen Umfeld stellen werde. TATJANA BEHREND

Mit St. Martin und DWE durch den Nibelungenkiez

Der Legende nach ritt der heilige Martin an einem kalten Wintertag an einem hungernden und frierenden Bettler vorbei. Der Mann tat ihm leid, und der heilige Martin teilte mit dem Schwert seinen warmen Mantel und schenkte dem Bettler eine Hälfte.

Es besteht kein Zweifel – heute wäre St. Martin wohl Mitglied der Linken, in der Obdachlosenhilfe oder Seenotrettung aktiv. Wahrscheinlich



Brenne auf mein Licht – Laternenumzug für die Umsetzung des Volksentscheids zur Enteignung großer Wohnungskonzerne.

Gedenken zur Reichspogromnacht am 9. November



Vor dem Haus Konrad-Wolf-Straße 41 in Hohenschönhausen erinnern Stolpersteine an die Familie Lewinsohn.

Am 9. November halten wir LINKE inne und gedenken insbesondere einer düsteren Vergangenheit, die niemals in Vergessenheit geraten darf. An diesem schicksalhaften Tag, an dem sich in diesem Jahr die Reichspogromnacht zum 85. Mal jährte, erinnern wir uns an die jüdische Bevöl-

kerung im einstigen Deutschen Reich und blicken auf leider sehr aktuelle Themen wie Antisemitismus, Ausgrenzung sowie die Sicherheit von Jüdinnen und Juden in Deutschland.

Die Mitglieder der Linksfraktion und unserer Partei versammelten

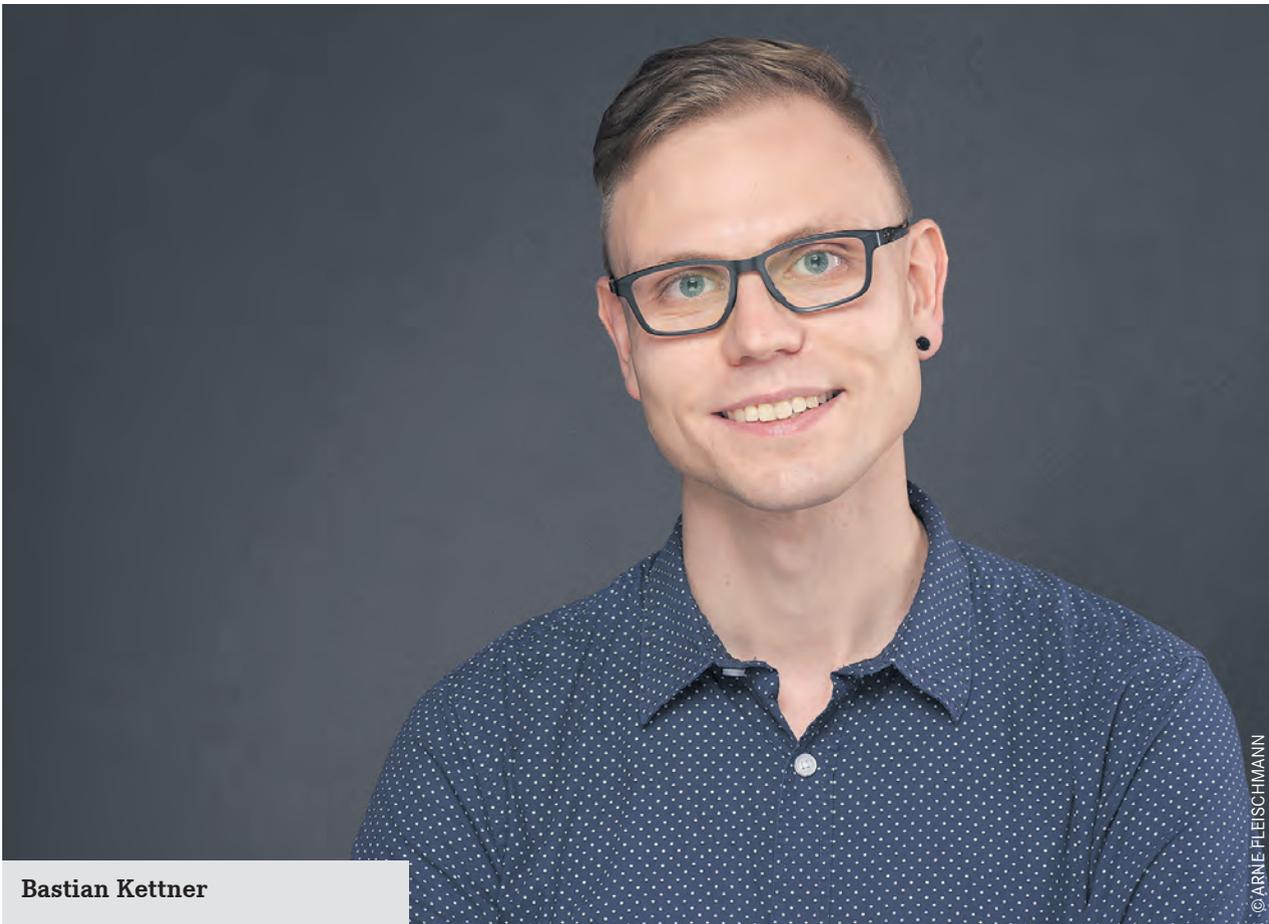
sich zahlreich am Gedenkstein der ehemaligen Synagoge Hohenschönhausens in der Konrad-Wolf-Straße, um der Opfer zu gedenken. Gemeinsam mit anderen erinnerten wir an die Geschichte und erneuerten das Versprechen, uns aktiv gegen jegliche Form von Hass und Diskriminierung einzusetzen.

Außerdem hatte ich Gelegenheit, einen bewegenden Stolpersteinrundgang zu begleiten, initiiert vom BENN-Büro im Fennpfuhl in Partnerschaft mit der VVN-BdA Hohenschönhausen-Weißensee. Diese zum Teil sehr verschmutzten kleinen Stolpersteine vor Hauseingängen erinnern uns alltäglich und beiläufig an die Opfer des Holocausts – es waren Nachbarinnen und Nachbarn. Wir verlasen ihre Biographien, ihre Deportations- und Todesdaten. Sie mahnen uns, wachsam zu bleiben. Uns für Toleranz und Vielfalt einzusetzen. Die Aktion ermöglichte mir eine ganz neue Begegnung mit engagierten Menschen. Ich danke für diese Möglichkeit und die gemeinsame Erinnerung. TONI KRAUS

würde er sich auch für die Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne einsetzen. Dem St. Martin der Legende hätten bezahlbarer Wohnraum für alle und gesellschaftliche Kontrolle über große Wohnungsbestände sicher gefallen.

Der politische St. Martinsumzug vom Kiezteam der Initiative Deutsche Wohnen und Co. enteignen (DWE) führte dieses Jahr durch den Nibelungenkiez. Hier liegen besonders viele Bestände der Deutschen Wohnen / Vonovia. Wie Anwohnende in Redebeiträgen berichteten, haben sie besonders mit überhöhten Nebenkostenabrechnungen, mangelnder Instandsetzung und steigenden Mieten zu kämpfen. Gemeinsam mit dem Berliner Mieterverein und der Mietergemeinschaft und natürlich vielen liebevoll gestalteten Laternen zeigten die Lichtenberger, dass sie vom CDU-SPD-Senat eine Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheids erwarten. Und zur Not werden alle auch für einen zweiten Volksentscheid Unterschriften sammeln. Wir vergesellschafteten gemeinsam Deutsche Wohnen und Co – Rabimmel, Rabammel, Rabumm. ANTONIO LEONHARDT

Nachhaltig ökologisch mobil – Bastian Kettner



Bastian Kettner

Das Wissen um das Engagement junger Leute an der Basis ist für alle diejenigen ermutigend, die fassungslos erleben müssen, wie sich die Linkspartei spaltet. Zu diesen jungen Genossen gehört Bastian Kettner. Er wurde 1991 in Bad Wildungen/Nordhessen geboren und wuchs in Frankenu, einer Kleinstadt am Rande eines Nationalparks, auf. Politisiert hat Bastian sich gemeinsam mit einem Freund. Sie sparten als Schüler Geld und kauften sich davon Literatur sozialistischer Klassiker, über die sie nächtelang diskutierten.

Seine Mutter war Erzieherin und Kitaleiterin, sein Vater Tierpräparator. Beide sind heute Rentner. Bastian hat tschechische Wurzeln. Das hat ihn bewogen, sich näher mit dem Land zu beschäftigen, aus dem seine Verwandten und Vorfahren stammen. In der Zwischenzeit hat er Tschechien gut kennen und auch lieben gelernt. Er besucht einen Sprachkurs an der Volkshochschule. Sein besonderes Interesse gilt dem progressiven, emanzipatorischen Gesellschaftsentwurf von Alexander Dubček, der 1968 mit seinem Ziel, einen „Sozialismus mit

menschlichem Antlitz“ zu schaffen, zur Leitfigur des Prager Frühlings wurde. Schon als Kind entwickelte Bastian ein Faible für geografische Karten. Er skizzierte Städte mit ihren Straßen und Häusern und Verkehrsströmen. Stadtentwicklung und besonders der öffentliche Nahverkehr lassen ihn nicht mehr los. Er erzählt von einer Bürgerinitiative, die er in Hessen mit dem Ziel gegründet hat, die stillgelegte Edertalbahn zu reaktivieren. Dafür hat er Geld gesammelt, die Pressearbeit gemacht, verantwortliche Politiker gewonnen.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Projekts ist Bastian heute in dem nun zuständigen Verein in Marburg Mitglied im Vorstand und Kassenverwalter. Bastian hat in Marburg 2015 mit dem Bachelor sein Studium der Politikwissenschaften abgeschlossen. Geschrieben hat er über „Soziale, ökologische und ökonomische Rahmenbedingungen für einen kostenlosen ÖPNV“. In Marburg lernte er auch bei Professoren, die sich dem Marxismus verbunden fühlten. 2017 folgte dann in Erfurt der Master-Abschluss über Stadt- und Raumplanung. An bei-

den Unis war er in der Studierendenschaft verkehrspolitischer Sprecher. Hier wurde u. a. über das Semesterticket und Fahrradverleihsystem verhandelt.

Seinen ersten Arbeitsplatz hatte Bastian als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Linksfraktion des Deutschen Bundestages bei der inzwischen verstorbenen Verkehrspolitikerin Ingrid Remmers. Danach arbeitete er im Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD). Seit Mai 2023 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Umweltbundesamt in Dessau. Bastian lebt in Friedrichsfelde und ist im dortigen Ortsverband der Linken aktiv. Bei Kiezfahrradtouren und Kiezspaziergängen sammelt er als Bürgerdeputierter Ideen für BVV-Anträge. Die Liste der Aufgaben ist lang. Es geht um sichere Rad- und Gehwege, um Nahversorgung, um weniger Verkehr und um mehr soziale und ökologische Mobilität, kurzum um eine lebenswerte Stadt für alle. Für diese Aufgaben ist ein langer Atem nötig, den braucht Bastian auch dann, wenn er Halbmarathon läuft.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

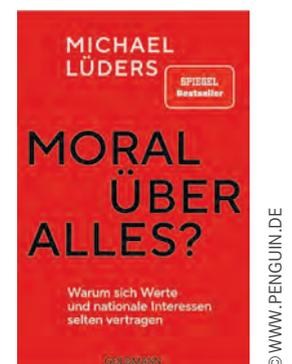
- **14. Dezember, 17 Uhr**
Bezirksverordnetenversammlung,
Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36.
Auch im LiveStream:
videotron.de/lichtenberg/

KULTURTIPP

Moral über Alles?

Warum sich Werte und nationale Interessen selten vertragen

Der renommierte Politikwissenschaftler und Bestseller-Autor Michael Lüders befasst sich in seinem Werk mit den Konsequenzen der Aufkündigung der Energiepartnerschaft mit Russland. Die abenteuerlichen Umwege, die das russische Gas dennoch zu uns nimmt und welchen Preis Deutschland dafür zu zahlen hat, ist selten



in der Mainstream Presse – dafür bei Lüders genau nachzulesen. Es bleibt nach dem Lesen des Buches die bittere Erkenntnis, dass keine andere Regierung Europas so zum Schaden ihres eigenen Landes handelt wie die Ampel-Regierung. Der Leser mag seine Kritik als scharf empfinden, sie bleibt aber durchgehend sachlich. Wer sich noch fragt, warum die Politik der Ampel für rechte Politik der beste Nährboden ist, wird bei Lüders fündig.

NORMAN WOLF

IMPRESSUM



Herausgeber:
DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf, Antje Schiwatschew

Adresse der Redaktion:
Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin
E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de
Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20
Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss: 27. November 2023

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Weihnachtswunschbaum

In dieser festlichen Jahreszeit laden wir euch herzlich ein, gemeinsam etwas Gutes zu tun. Auch in diesem Jahr findet wieder die Wunschbaum-Aktion statt.

Am 30.11.2023 hat Camilla Schuler als Bezirksstadträtin für Jugend, Familie und Gesundheit und als Schirmherrin für den Wunschbaum in Lichtenberg gemeinsam mit dem Verein „Schenk doch mal ein Lächeln“ die Aktion eröffnet: Wünsche erfüllen und damit ein Lächeln schenken.

Worum geht's? Es ist leider nicht für alle kleinen Lichtenbergerinnen und Lichtenberger eine Selbstverständlichkeit, beschenkt zu werden. Deshalb werden gezielt Einrichtungen ausgesucht, in denen Kinder angemeldet sind, deren Eltern sich keine Geschenke leisten können. Kinder basteln oder malen ihre Wünsche auf Sterne. Diese werden an den Weihnachtsbaum gehängt, und die Geschenkepaten können sich anonym einen Wunsch vom Baum pflücken. Die beschenkten Kinder werden nur mit Synonym und Alter beschrieben, um ihre Anonymität zu wahren. Die



Ein Baum voller Wunschzettel.

Wünsche dürfen maximal 25 Euro kosten. Ziel der Wunschbaumaktion ist es, Familien in schwierigen Situationen zu unterstützen. Schon im letzten Jahr gab es eine überwältigen-

de nachbarschaftliche Solidarität und Unterstützung, obwohl die Wünsche anonym erfüllt werden.

Also strahlt vom 30. November bis zum 13. Dezember der Wunschbaum im Jugendamt (Große Leege Straße 103) mit den Wünschen von Kindern aus Lichtenberg.

Kommen Sie in die Große-Leege-Straße 103, 13055 Berlin

- von Montag bis Freitag von 16 bis 21 Uhr
- Baum im Foyer bewundern
- einen oder mehrere Wünsche vom Wunschbaum nehmen
- Geschenk(e) bis 13. Dezember im Familienbüro vor Ort unverpackt abgeben
- glücklich sein, helfen zu können

Am 13.12.2023 wird es eine große Verpackungsaktion geben, damit der Wunsch jedem Kind richtig zugeordnet werden kann.

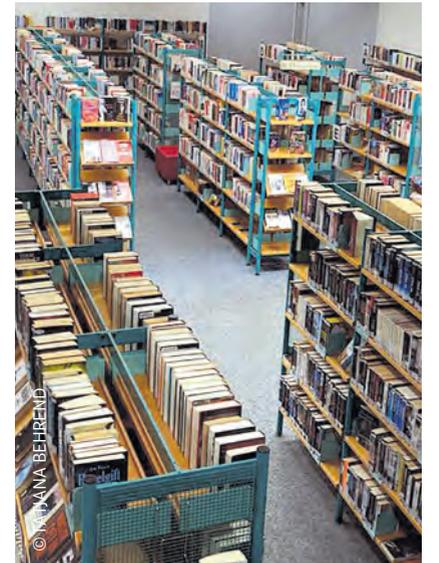
Sollten Wünsche nicht erfüllt werden können, werden wir uns darum kümmern. Kein Kind dieser Aktion bleibt ohne Geschenk, versprochen!

SONJA LAWIN

Wärmstens ans Herz gelegt

Dank des Netzwerks der Wärme, das die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, wird es bis zum 17. Dezember in Lichtenberger Bibliotheken auch an den Wochenenden kuschelig. Die Anton-Saefkow-, die Bodo-Uhse-, die Egon-Erwin-Kisch- und die Anna-Seghers-Bibliothek haben samstags ihre Öffnungszeiten bis 18 Uhr erweitert, und die drei Erstgenannten öffnen zusätzlich sonntags von 11 bis 18 Uhr ihre Tore. Die Anna-Seghers-Bibliothek kann sich daran leider nicht beteiligen, weil das Linden-Center, in dem sie beheimatet ist, am Sonntag geschlossen hat.

Das Programm reicht weit über die bunte Bücherwelt hinaus, da wird gesungen, gespielt, getanzt, gemalt, gedruckt, meditiert und vieles andere mehr. Ganz unterschiedliche Angebote, die aber eines eint: Sie sind alle kostenlos. Natürlich kann man auch ganz einfach nur Bücher ausleihen.



351 566 Menschen besuchten im vergangenen Jahr die vier Lichtenberger Bibliotheken. In etwa so viel, wie unser Bezirk Einwohner:innen hat.

Der Deutsche Bibliotheksverband fordert übrigens schon lange, dass Bibliotheken auch an Sonntagen öffnen dürfen. Dagegen steht im Moment noch das Bundesarbeitszeitgesetz, das aber durchaus Ausnahmen vorsieht, zum Beispiel für Restaurants, Kinos und Theater.

Warum also nicht auch für Bibliotheken? Profitieren würden davon insbesondere Familien, Alleinerziehende oder Menschen, deren Arbeitsalltag einen Bibliotheksbesuch ansonsten sehr einschränkt.

BIRGIT MARING

TATJANA BEHREND

Traditioneller Stolpersteinrundgang in Alt-Lichtenberg

An dem Tag, an dem vor 85 Jahren in Deutschland die Synagogen brannten, leuchteten am Abend 17 Kerzen in den nächtlichen Himmel von Alt-Lichtenberg, angezündet an 17 Stolpersteinen. Eine Initiative aus FAN-Beirat, Netzwerkstelle Lichtblicke, SOZIALWERK des dfb e. V. sowie VVN-BdA e. V. hatte wiederum zum traditionellen Stolpersteinrundgang im Kiez aufgerufen. Über 40 Menschen

– Alte, Junge, Familien mit Kindern – gedachten der von den Nazis ermordeten Juden. Darunter waren auch die Politiker:innen Tamara Lütke (SPD), Sebastian Schlüsselburg (DIE LINKE) und Dennis Haustein (CDU).

An den Steinen wurden Kerzen angezündet, Rosen niedergelegt und in kurzen Worten an die Biografien der Ermordeten erinnert. Soweit überhaupt noch Spuren von ihnen auffind-

bar waren. Die Nummern der Transporte in die Vernichtungslager hatten die Nazis akribisch aufgelistet, die Lebenswege ihrer Opfer konnten sie oft komplett auslöschen.

Sorgen wir alle immer wieder dafür, dass sie nicht vergessen werden!

Diesem Nicht-Vergessen und der Mahnung diente auch das anschließende Beisammensein an der Feuerschale im UNDINE-Garten. Johann-Vincent Slawinski berührte, wie auch bereits während des Rundgangs, mit seiner Geige die Herzen der Anwesenden. Natalie, eine hier mitten unter uns lebende jüdische Mitbürgerin, stellte das Schicksal einer jungen Frau vor, die zu den über 200 durch die Hamas verschleppten Geiseln gehört, und zeigte sich bestürzt über den wieder so deutlich aufkommenden und schlimmsten Erinnerungen weckenden Antisemitismus.

Einig waren sich an jenem Abend alle, dass wir aufstehen müssen gegen jeden Völkermord – wann und wo auch immer er auf dieser Welt passiert.



Über 40 Menschen waren beim Stolpersteinrundgang in Alt-Lichtenberg dabei.

© BIRGIT MARING

Lust auf Europa

Es waren intensive Tage in Bertolt Brechts Geburtsstadt Augsburg: Der Europaparteitag der LINKEN hat ein Programm und eine Liste für die Europawahlen im kommenden Jahr beschlossen. Es tat gut, Freund:innen wiederzusehen, sich auf die Schulter zu klopfen, sich Mut zu machen, schlaue und wohltuende Reden (Janine Wissler, Dietmar Bartsch, Carola Rackete, Gerhard Trabert u. a.) zu hören, eine junge, energiegeladene Partei zu erleben.

Wir haben nun mit dem Programm eine klarere und positivere Bezugnahme auf die Zukunft Europas. Auf dem Parteitag selbst wurde dann ein Antrag zur Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative mit großer Mehrheit angenommen.

Es hat sich aber auch gezeigt, dass wir viele Debatten in unserer Partei intensiver führen müssen. Gut, dass der Parteitag einen Fahrplan zur Überarbeitung des Grundsatzprogramms beschlossen hat.

Die Welt hat sich nach dem Erfurter Parteitag weitergedreht.

Es ist möglich, Positionen zu diskutieren, auch auf dem Gebiet der Außenpolitik. Wir brauchen außenpolitische Positionen auf einem klaren Fundament von Menschenrechten und Völkerrecht, ohne die antimilitaristische Grundposition aufzugeben. Gleichwohl hat vor allem die Israel-Gaza-Debatte gezeigt, dass noch ein weiter Weg vor uns liegt. Danke an Klaus Lederer, dass er hier sehr klar bei der Verurteilung des Terrors der Hamas und des Existenzrechtes Israels war.

Ein Danke geht auch an die langjährige Arbeit von Martina Michels, Cornelia Ernst und Helmut Scholz, die nicht wieder antraten.

Fazit: Der Parteitag der LINKEN macht Lust auf mehr. Ladet uns Parteitagsdelegierte in die Ortsverbände ein.

MICHAEL GRUNST



Die Lichtenberger Delegierten auf den Europaparteitag.

Mit einem Spitzenteam für eine starke Linke



Tobias Bank, Janine Wissler und Martin Schirdewan beim Europaparteitag.

Unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit – Zeit für Haltung“ haben wir beim Europaparteitag in Augsburg mit großer Mehrheit unser Wahlprogramm beschlossen. Die Stoßrichtung ist klar: Wir wollen Europa den Reichen und Konzernen nehmen. Wir kämpfen für eine Übergewinnsteuer

und höhere Steuern für Superreiche. Es gibt kein Recht auf Profit. Aber es gibt ein Recht für die Mehrheit auf bezahlbares Wohnen, Lebensmittel und Energie. Gegen den Rüstungswettlauf setzen wir, anders als alle anderen großen Parteien, auf Investitionen in Verlässlichkeit im Wandel,

Klimagerechtigkeit und Frieden.

Auch mit unseren Kandidierenden machen wir einen echten Unterschied: Gegen ein Europa der sozialen Spaltung, Aufrüstung und Abschottung treten wir an für eine demokratische EU, die soziale Ungleichheit bekämpft, die Klimakatastrophe stoppt und niemanden zurücklässt. Mit unserer Liste gehen wir einen Schritt zur Öffnung der Partei. Wir ziehen mit mir als Partei- und Fraktionsvorsitzenden im Europaparlament, der Klima-Aktivistin und Seentretterin Carola Rackete, der Gewerkschafterin Özlem Demirel und dem Sozialmediziner Gerhard Trabert in den Wahlkampf. Darauf folgen die Journalistin Ines Schwerdtner und der Ökonom Martin Günther, beide aus dem Osten. Insgesamt treten wir mit 20 tollen Kandidat:innen an.

Unsere Chance ist da. Seit dem Parteitag sind bereits mehr als 1000 neue Mitglieder aus Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu uns gestoßen. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass DIE LINKE wieder Erfolge feiert – geschlossen und entschlossen. Denn jetzt ist Zeit für Gerechtigkeit, Zeit für Haltung. Es ist Zeit für die Linke.

MARTIN SCHIRDEWAN

Die Bundesregierung und die Gewalt im Nahen Osten

Die Anschläge der Hamas vom 7. Oktober waren ein brutales Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In der Verurteilung dieser Grausamkeit – gegen 1200 unschuldige Zivilisten – sind sich alle Parteien im Bundestag einig. Aber die aktuelle Position der Bundesregierung zu Gaza wirft Fragen auf. Die Bundesregierung wird nicht müde zu wiederholen, dass Israel nach dem Völkerrecht das Recht habe, sich zu verteidigen. Aber angesichts von mittlerweile 13 000 Getöteten in Gaza ist es absurd, die israelischen Bombardierungen als angemessene Verteidigung zu bezeichnen. Ist es „angemessen“, 100 Zivilisten zu töten, um

einige Hamas-Kämpfer umzubringen, die sich im Keller dieses Hauses / dieser Klinik verstecken könnten? Der Sprecher der israelischen Armee äußerte sich zu Beginn der Bombardierungen unverblümt: „Unsere Priorität ist die Erzeugung von Schaden, nicht Präzision.“ Die linke israelische Zeitung Haaretz brachte es auf den Punkt: „Dieses Vorgehen ist einfach Rache.“ Das Völkerrecht verbietet jedoch Kollektivstrafen. Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit rechtfertigt kein zweites.

Und die Bundesregierung? Duckt sich weg. Außenministerin Baerbock im Interview: Ob Israel die Bombar-

dierungen in Gaza einstellt, sei „nicht Sache für die Politik.“ Was soll denn sonst die Aufgabe von Politik und Diplomatie sein, als ein Ende des Tötens zu fordern und sich für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen einzusetzen? Auch und gerade über eine Beendigung der Okkupation immer größerer Teile der West Bank und über eine 2-Staatenlösung, die auch den Palästinensern ein Leben in Frieden und gleicher Sicherheit gewähren kann – nur so kann man der Hamas entgegenwirken. Deutschlands oberste Nicht-Diplomatin legt wieder mal die Hände in den Schoß.

THOMAS KACHEL

„Frieden ist nicht alles,
aber ohne Frieden
ist alles nichts.“

Willy Brandt

„Es gibt keinen Weg zum
Frieden, der Frieden ist
der Weg.“

Mahatma Gandhi

„An den Frieden denken
heißt, an die Kinder
denken.“

Michail Gorbatschow

Neujahrswunsch Frieden



„Wenn man Frieden
will, muss man immer
der sein, der zuerst
die Hand reicht.“

Yitzhak Rabin

„Wenn Du Frieden
schließen willst
mit Deinem Feind,
dann arbeite mit
ihm. Dann wird er
Dein Partner.“

Nelson Mandela

„Frieden beginnt mit
einem Lächeln.“

Mutter Teresa

„Die Menschheit muss
dem Krieg ein Ende
setzen, oder der Krieg
setzt der Menschheit
ein Ende.“

John F. Kennedy

„Ich bedaure es,
dass diese Regierung
bisher keine einzige
Initiative an den Tag
gelegt hat, die zu mehr
Frieden auf dieser Welt
geführt hat.“

Gregor Gysi, 6.9.2023

Bertolt Brecht

Friedenslied

Friede auf unserer Erde!
Friede auf unserem Feld,
dass es auch immer gehöre
dem, der es gut bestellt.

Friede in unserem Lande!
Friede in unserer Stadt,
dass sie den gut behause,
der sie gebauet hat.

Friede in unserem Hause!
Friede im Haus nebenan!
Friede dem friedlichen Nachbarn,
dass Jedes gedeihen kann.

Friede dem Roten Platze
und dem Lincoln-Monument!
Und dem Brandenburger Tore
und der Fahne, die drauf brennt!

Friede den Kindern Koreas
und den Kumpels an Neiße und Ruhr!
Friede den New-Yorker Schoffören,
und den Kulis von Singapore!

Friede den deutschen Bauern
und den Bauern im großen Banat!
Friede den guten Gelehrten
eurer Stadt Leningrad!

Friede der Frau und dem Manne!
Friede dem Greis und dem Kind!
Friede der See und dem Lande!
Dass sie uns günstig sind.

„Friede ist nicht
Abwesenheit von Krieg.
Friede ist eine Tugend,
eine Geisteshaltung,
eine Neigung zu Güte,
Vertrauen, Gerechtigkeit.“

Baruch de Spinoza

„Die Hoffnung auf
Frieden hört niemals auf.“

Dalai Lama

„Ideen brauchen
keine Waffen, wenn
sie die großen Massen
überzeugen können.“

Fidel Castro

„Der Friede in der
Welt beginnt mit
einer leise
zugemachten Tür.“

Quelle unbekannt

„Ich weiß nicht,
welche Waffen im
nächsten Krieg zur
Anwendung kommen,
wohl aber, welche im
übernächsten: Pfeil
und Bogen.“

Albert Einstein

MIT RAT & TAT

TERMINE

- **9.12., 15 Uhr**
Vorweihnachtliches Treffen mit
Glühwein, Stockbrot und Lebkü-
chen im Kiezzgarten am Münster-
landplatz mit Hendrikje Klein und
ihrem Team
- **13.12., 14:30 Uhr**
Weihnachtsfeier des OV 2, Kiez-
treff Anna-Ebermann-Straße 26
- **13.12., 19 Uhr**
LiA Plenum, Geschäftsstelle
Alfred-Kowalke-Straße 14
- **15.12., 15 Uhr**
Weihnachtsfeier OV 8+9, LIBE-
ZEM, Rhinstraße 9
- **18.12., 19 Uhr**
Bezirksvorstand, Geschäftsstelle
Alfred-Kowalke-Straße 14
- **19.12., 18 Uhr**
Weihnachtsfeier OV 3, Küstriner
Straße 39

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdB, WK 1**
Niederkirchnerstraße 5, Fon
01573 434 8586 oder dirk.
walls@wk.linksfraktion-berlin.de
- **Sebastian Schlüsselburg, MdB, WK 4**
Casa del Popolo, Buggenhagen-
straße 19, Fon 285 065 24 oder
schluesselburg.wkb@linksfrak-
tion.berlin
- **Hendrikje Klein, MdB, WK 5**
Wahlkreisbüro Alfred-Kowalke-
Straße 14, Fon 985 653 62 oder
team@hendrikjeklein.de

BERATUNGSANGEBOTE

- **Bürgerhilfe – Recht, Soziales, Miete** nach Vereinbarung, Ralf Schultheiß, Fon 992 707 25
- **Rechtsberatung** nach Verein-
barung, Antonio Leonhardt,
Alfred-Kowalke-Straße 14,
team@hendrikjeklein.de

Mit Witz und Tiefsinn – Dialoge an der Imbissbude

„Auf eine Currywurst mit Gregor Gysi“. Unter diesem Titel haben Hans-Dieter Schütt und Gregor Gysi im Aufbauverlag auf knapp 200 Seiten eine brillante Wortwechsellaskade zur Orientierung in dieser Zeit vorgelegt. Zwei täglich über das unmittelbar Erlebte hinausdenkende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens laden zum Mitdenken und Mittun ein. Anders als am Stammtisch oder beim Internetmotzen stehen die Fünf-Minuten-Dialoge mit Currywurst an der Imbissbude für prägnanten Gedankenaustausch mit Witz, Lockerheit und – ja Tiefsinn. Beispiel: Im Kapitel „Witze“ hat Hans-Dieter Schütt mal „keine Frage“. Darauf Gysi: „Is ja wohl ein Witz“, und natürlich wird einer erzählt, dessen Inhalt ich dem Leser absichtlich vorenthalte. Der anschließenden Frage „Müssen Witze böse sein?“ folgt Gysis politische Hardcore-Antwort. „Nehmen Sie die legendäre Bananenschale. Darauf ausrutschen ist schlimm. Aber wir la-



chen. Der Schaden und die Freude – im Deutschen geht das in einem Wort zusammen.“

Kein Kapitel kommt ohne derart

Nachdenklichkeitsdruck aus, welches Thema auch aufkommt: Deutschland, Ostdeutsche, Medien, Mitregieren, im Bundestag, links- und rechtsextrem, USA, Russen, Bürgergeld, Unrechtsstaat, Ziviler Ungehorsam, Visionen, Ruf der Politik, die letzte Generation, Kiffen. Die Welt sei mittels Digitalisierung durchsichtiger geworden, heißt es auf Seite 62, und jeder habe eine Ansicht zur Situation, die „niemand wirklich durchschaue“.

Ohne sich im aktuellen Informations- und Meinungsgestrüpp zu verzetteln, geschweige denn in die „verbale Unkontrolliertheit der sozialen Medien“ zu verfallen, bewältigen Schütt und Gysi im Vier-Augen-Gedankenaustausch Wege der Vereinfachung und kommen immer zum Kern, von dem aus sich Nachdenken lohnt. Ratsam scheint mir, sich – ähnlich der Lektüre von Sprüchen auf dem Abreißkalender – täglich einem anderen der 43 Abschnitte zu widmen.

JOACHIM PAMPEL

Preisrätsel



Auf in den Tierpark. Sie können in diesem Jahr wieder eine von drei Jahreskarten für den Tierpark Berlin gewinnen und vielleicht der Rothschild-Giraffe direkt in die Augen sehen. Dazu müssen Sie nur folgende Frage richtig beantworten.

Wie schnell können Rothschild-Giraffen rennen?

- a) bis zu 55 km / h
- b) bis zu 100 km / h
- c) bis zu 30 km / h

Bitte senden Sie die richtige Antwort bis zum 31. Januar 2024 per Mail an gesine.loetzsch@bundestag.de oder per Post an Gesine Löttsch, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Die Auflösung des Novemberrätsels: Die Skulptur von Ole Bienkopp steht im Wohngebiet Frankfurter Allee Süd.

Geschäftsstelle

DIE LINKE. Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Öffnungszeiten:

- Dienstag 12 – 17 Uhr
- Mittwoch 12 – 17 Uhr
- Donnerstag 12 – 17 Uhr
- Freitag 12 – 17 Uhr

Telefon 5 12 20 47
info@die-linke-lichtenberg.de

info links wird herausgegeben von:

DIE LINKE, Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 516 592 42

Mail: info@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Camilla Schuler

Redaktionsschluss:

Ausgabe Dezember: 27. November 2023
Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Januar 2024.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck

Die info links kann man auch online

abonnieren: Interessent:innen melden sich bitte in der Geschäftsstelle.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803
BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck

angeben:
810-503, info links, Ihr Name, Vorname

KIEZ

- **Sonntag, 31.12., 15 Uhr**
Spielesonntag im Café Klön-snack, Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1B

BIBLIOTHEKEN

- **Sonntag, 10.12., 15 Uhr**
Workshop Grußkarten und Geschenkpapier, Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9
- **Sonnabend, 16.12., 14 Uhr**
Musikalische Erzählung, Prinzessin Kaguya und der alte Bambussammler, Anna-Seghers-Bibliothek im Linden-Center Prerower Platz 2
- **Sonntag, 17.12., 15 Uhr**
Schnupper Impro Workshop, Spiel, Spaß & gute Laune, Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14
- **Sonntag, 17.12., 12 Uhr**
Erzähltheater, Der Mann meiner Wahl, Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149

THEATER

- **Donnerstag, 21.12., 16 Uhr**
DAS WEITE THEATER, Familienkonzert mit Weihnachtsspezial, Storkower Straße, im Cedio 207

KINO

- **Donnerstag, 21.12., 19.30 Uhr**
Verflimmerter Donnerstag: Merry Christmas, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112

KONZERT

- **Donnerstag, 14.12., 10 Uhr**
Weihnachten mit Astrid Lindgren, Schülerkonzert, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Sonnabend, 16.12., 19 Uhr**
Klavierabend mit Maja Heine, Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 41

WEIHNACHTSMÄRKTE

- **Sonnabend, 9.12., 13 – 22 Uhr**
Sonntag, 10.12., 13 – 19 Uhr
Weihnachtsmarkt auf der Trabrennbahn Karlshorst, Treskowallee 159
- **Sonntag, 10.12., 11 – 16 Uhr**
Weihnachtsfest der Tiere, Tierheim, Hausvaterweg 39
- **Sonntag, 10.12., 18 – 22 Uhr**
Sonnabend, 16.12., 18 – 22 Uhr
Sonntag, 17.12., 18 – 22 Uhr
Orankelichter-Weihnachtsmarkt im Strandbad Orankesee, Gertrudstraße 7